



Ideen eine Zukunft geben

Die Hauptgeschäftsführerin

AiF e.V. • Bayenthalgürtel 23 • 50968 Köln

An die Geschäftsführerinnen
und Geschäftsführer der
Forschungsvereinigungen des AiF e.V

Ansprechpartner:
Dr. Burkhard Schmidt
Telefon: 0221 37680-19
Telefax: 0221 37680-68
E-Mail: burkhard.schmidt@aif.de

15. März 2011

Mittelsituation in der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) sowie Aktuelle Entwicklungen im politischen und parlamentarischen Raum

Sehr geehrte Damen und Herren Geschäftsführer,

wie Sie wissen, sind die Fördermittel für das Programm zur Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung (IGF) seit 2004 um 43 % entsprechend 39 Mio. € angestiegen. Die Fördermittel für 2010 lagen mit 129,6 Mio. Euro nochmals um 1,6 Mio. Euro höher als 2009.

Trotz dieser positiven Entwicklung wurde in 2010 und nun verstärkt in 2011 eine „Mittelverknappung“ beobachtet. Dies lässt sich an den Bewilligungszahlen zunächst nicht festmachen. In den ersten drei Monaten 2011 wurden bereits 103 Vorhaben bewilligt, während im Jahr 2010 insgesamt 380 Vorhaben bewilligt wurden.

Wie kommt es nun zu der bemerkten angespannten Bewilligungssituation? Wir möchten im Folgenden die wesentlichen Gründe benennen und analysieren:

- Bemerkenswert ist, dass im so genannten Fördermitteldurchschnitt (FMD) des ersten Quartals 2011 bereits 43 Projekte bewilligt wurden (entsprechend 41 % von insgesamt 103 Bewilligungen) im Vergleich zu nur 49 Projekten im FMD des gesamten Jahrs 2010. Während also 2010 die Mehrheit der Forschungsvereinigungen von ihrem Recht keinen Gebrauch machte, ist für 2011 davon auszugehen, dass dieser Anspruch von allen Forschungsvereinigungen ausgeschöpft werden wird. Damit verschieben sich die verfügbaren Mittel in Richtung Fördermitteldurchschnitt und es stehen für den Wettbewerbsteil dadurch weniger Mittel zur Verfügung.

- Die IGF-Antragszahlen sind durch Einführung des Wettbewerbs seit 2006 um fast 60 % auf über 730 Anträge in 2010 gestiegen. Dabei sind die beantragten Fördermittel je Vorhaben von rund 260 auf 320 T€ gestiegen, was insbesondere der Tatsache geschuldet ist, dass mittlerweile im Durchschnitt 1,8 Forschungsstellen an einem Projekt beteiligt sind. Um alle befürworteten Anträge zu bewilligen, war 2006 ein Jahresbudget von rund 90 Mio. € notwendig, für 2010 hätte das Jahresbudget über 160 Mio. € betragen müssen. Damit liegt durch den Wegfall des Quotenregulativs in den Forschungsvereinigungen erstmals eine starke Überzeichnung des Programms vor, wie sie von anderen, offen zugänglichen Programmen bekannt ist.
- Trotz der angespannten Haushaltslage des Bundes wurde der Haushaltsansatz 2011 für die IGF zunächst um weitere 1,1 Mio. Euro erhöht. Mit BMWi-Schreiben vom 03.03.2011 zur Haushaltsführung 2011 wurden wir in Kenntnis gesetzt, dass von den Forderungen zur Erwirtschaftung einer Globalen Minderausgabe auch der Titel „Förderung der Forschungsinfrastruktur für den Mittelstand“ betroffen ist. Demnach stehen für die IGF 2011 nur 125,3 Mio. € zur Verfügung, was einer Reduzierung um 3,2 Mio. € gegenüber dem Haushaltsentwurf entspricht. Positiv zu vermerken ist, dass die vom BMWi für die Folgejahre eingeplanten Mittel laut Haushaltsführungsschreiben um durchschnittlich 17 % steigen. Dies bedeutet, dass wir zwar für 2011 einen Mangel verwalten müssen, allerdings mit konkreter Perspektive für eine Verbesserung der Mittelsituation in den Folgejahren. Wir werden in Gespräche mit dem BMWi eintreten, wie wir die angekündigte positive Mittelentwicklung bereits heute nutzen können. Denkbar ist eine verstärkte Mittelverlagerung in die Folgejahre, indem für Neubewilligungen 2011 die Jahresraten beispielsweise auf 70 % begrenzt und auf die Folgejahre verschoben werden oder durch Laufzeitverlängerungen der Mittelbedarf gestreckt wird. Dies würde eine Reduzierung der Punktgrenzen im Wettbewerb bereits 2011 bewirken.
- Die Begutachtungen im Herbst/Winter 2010 zeigten einen Anstieg der durchschnittlichen Punktzahl aller befürworteten Anträge von 23,4 auf 23,7 Punkte. Dabei war eine Streuung der Durchschnittswerte der einzelnen Gutachtergruppen von 22,2 bis 24,9 Punkten festzustellen. Die leichte Erhöhung der Bepunktungen ist damit jedoch nicht ursächlich für eine Erhöhung der Punktgrenze im Wettbewerb.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Hauptursache für den Bewilligungsstau die stark gestiegene Antragszahl und die erhöhten beantragten Fördermittel je Vorhaben sind. Durch die deutlich erhöhte Bewilligungsnachfrage im Fördermitteldurchschnitt stehen 2011 weniger Mittel im Wettbewerb zur Verfügung. Zusammen mit der durch das BMWi verfügbaren Globalen Minderausgabe prognostizieren wir für den Wettbewerbsteil 13 Mio. € für etwa 250 Neubewilligungen in 2011 (2010: 18 Mio. €). Diese Prognose berücksichtigt Erfahrungswerte zu üblichen Ratenumstellungen.

Wir sind stets bestrebt, in Absprache mit dem BMWi eine über das Jahr gleichmäßige Bewilligungsgrundlage und eine planbare Punktgrenze im Wettbewerb zu schaffen. Dazu stellen wir einen Ausschüttungsplan für die Monate Januar bis Dezember auf. Die Punktgrenze ist dabei nur in Grenzen planbar, da jeden Monat neu befürwortete Projekte in den Wettbewerb nachrücken. Unter Berücksichtigung aller Erfahrungs-

werte ist aber für das weitere Jahr 2011 von einer Punktgrenze von 25 bis 26 Punkten auszugehen.

Als Maßnahmen für eine Verbesserung der Bewilligungssituation insbesondere im Wettbewerb sind zu nennen:

- Verstärkte Verlagerung des Mittelbedarfs der laufenden Vorhaben (Ratenumstellungen) in die Folgejahre, insbesondere zur Nutzung der für die Folgejahre durch das BMWi zugesagten Mittel.
- Fortlaufende Überprüfung der Aktualität der im Wettbewerb befindlichen Anträge (durch Forschungsvereinigungen).
- Beschränkung der einzureichenden Anträge in Bezug auf Anzahl und Fördermittelbedarf (durch Forschungsvereinigungen oder AiF-Geschäftsstelle).
- Gespräche zur Rücknahme des IGF-Beitrags zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe (durch AiF-Geschäftsstelle).

Mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates wurden außerdem bereits Möglichkeiten eruiert, die Bepunktungen und die Wettbewerbsauswahl über die Gutachtergruppen hinweg transparenter und vergleichbarer zu gestalten, auch um an dieser Stelle Fragen des BMWi vorzubeugen.

Die Attraktivität des Programms der Industriellen Gemeinschaftsforschung zeigt sich einerseits in der gestiegenen Nachfrage durch die AiF-Mitgliedsvereinigungen, andererseits aber auch in der Perzeption im politischen Raum. Erstmals wird die Industrielle Gemeinschaftsforschung als Element der so genannten Ressort-übergreifenden Cluster-Strategie im Rahmen der Hightechstrategie genannt und deren Ausbau gefördert (<http://www.hightech-strategie.de/de/116.php>); der Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Gestärkt aus der Krise – Der deutsche Mittelstand als Motor für Wachstum, Wohlstand und Innovation“ vom 9. Februar 2011 fordert unter Punkt 5 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Forschungs- und Innovationstätigkeiten des Mittelstands weiter zu stärken, und explizit ...“die industrielle Gemeinschaftsforschung zu fördern“ (Anlage 1 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/046/1704684.pdf>). Zudem wird eins der vier „Best Practice Beispiele“ der Mittelstandsförderung im Rahmen des BMWi Workshops zur Technologieoffensive am 31. März 2011 ein Vorhaben der IGF sein. All dies sind durchaus bemerkenswerte Ergebnisse unseres Wirkens im parlamentarischen und politischen Rahmen.

Wir können Ihnen darüber hinaus an dieser Stelle versichern, dass unsere Ansprechpartner im BMWi die bestehenden Veränderungsprozesse in der AiF insgesamt, aber auch ganz spezifisch in der Industriellen Gemeinschaftsforschung mit großem Interesse verfolgen und sich zu der bisherigen Entwicklung überaus positiv äußern. Gerade am 18. März werden wir den Präsidenten zu einem Gespräch mit Herrn Unterabteilungsleiter Dr. Jäkel und Herrn Referatsleiter Zuleger begleiten. Die Herren Prof. Zoch und Dr. Häusser werden ebenfalls Gäste sein und mit uns gemeinsam weitere Maßnahmen zur Stärkung der IGF diskutieren. Sie sehen, wir setzen unsere Anstrengungen unermüdlich fort.

Wenn Sie Fragen und Erläuterungsbedarf zur Fördermittelsituation haben, so zögern Sie bitte nicht, uns anzurufen. Wir stehen Ihnen gerne zur Diskussion zur Verfügung und freuen uns über Ihre Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Stefanie Heiden
AiF-Hauptgeschäftsführerin



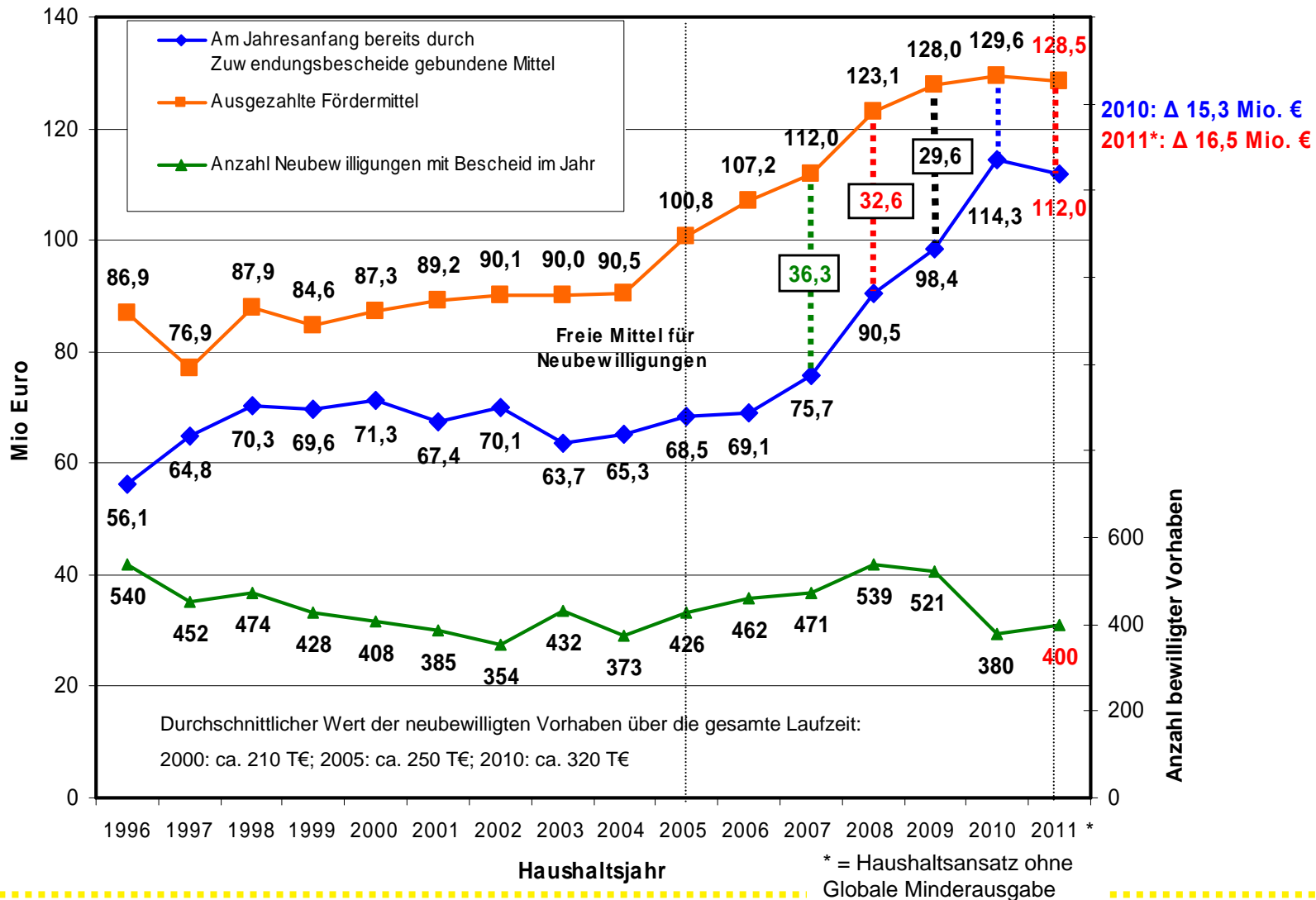
Dr. Burkhard Schmidt
Geschäftsführer IGF

Anlage:

- Erläuternde Grafiken zur Mittelsituation
- Antrag der Bundestagsfraktionen CDU/CSU und FDP „Gestärkt aus der Krise – Der deutsche Mittelstand als Motor für Wachstum, Wohlstand und Innovation“ vom 9. Februar 2011

Aktuelle Mittelsituation

Entwicklung der freien Fördermittel der Haushaltsjahre 1996 bis 2011



Bewilligungen und Punktegrenzen im Wettbewerb IGF-N 2009/2010

Bewilligungen 2009

Arbeitsbeginn		Anzahl Anträge je Punkteklasse													Anzahl pro Monat
Monat	Jahr	30	29	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18	
1	2009					5	5	4	1	4	5	3			27
2	2009				2			5	3	1	1	3			15
3	2009					3	2	6	2	2	2	2	4		23
4	2009			1	5	9	5	3	6	8	3	2	2	1	45
5	2009			1	3	6	7	5	4	3	1				30
6	2009		1	1	4	4	4	5	4	4	5	2	1		35
7	2009			1	1	1	5	9	5	3	4		1		30
8	2009		2		3	3	6	3	4	3	2	2			28
9	2009			1		1	5	12	7	5	1	2			34
10	2009				2	1	4	6	5	1	5	3	1	1	29
11	2009					1	2	3	1	3		1			11
12	2009			1		3	4	10	6	5	3	1	2		35
1	2010			1	2		15	11							29
2	2010				4	6	11	9							30
		0	3	7	26	43	75	91	48	42	32	21	11	2	401
Anzahl kumuliert:		0	3	10	36	79	154	245	293	335	367	388	399	401	
%		0,0%	0,7%	2,5%	9,0%	19,7%	38,4%	61,1%	73,1%	83,5%	91,5%	96,8%	99,5%	100,0%	

Bewilligungen und Punktegrenzen im Wettbewerb IGF-N 2009/2010

Bewilligungen 2010

Arbeitsbeginn		Anzahl Anträge je Punkteklasse												Anzahl pro Monat	
Monat	Jahr	30	29	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19		18
1	2010														0
2	2010														0
3	2010				1	2	2	2	9	5	5	3			29
4	2010					3	9	13	4						29
5	2010			1	2	6	23								32
6	2010				1		6	10							17
7	2010					3	4	4							11
8	2010					1	11	4							16
9	2010				1	2	4	21	11						39
10	2010					2	3	6	2						13
11	2010			1	4	3	7	11	2						28
12	2010				2	2	12	7	36						59
		0	0	2	11	24	81	78	64	5	5	3	0	0	273
Anzahl kumuliert:		0	0	2	13	37	118	196	260	265	270	273	273	273	
%:		0,0%	0,0%	0,7%	4,8%	13,6%	43,2%	71,8%	95,2%	97,1%	98,9%	100,0%	100,0%	100,0%	

Aktuelle Mittelsituation

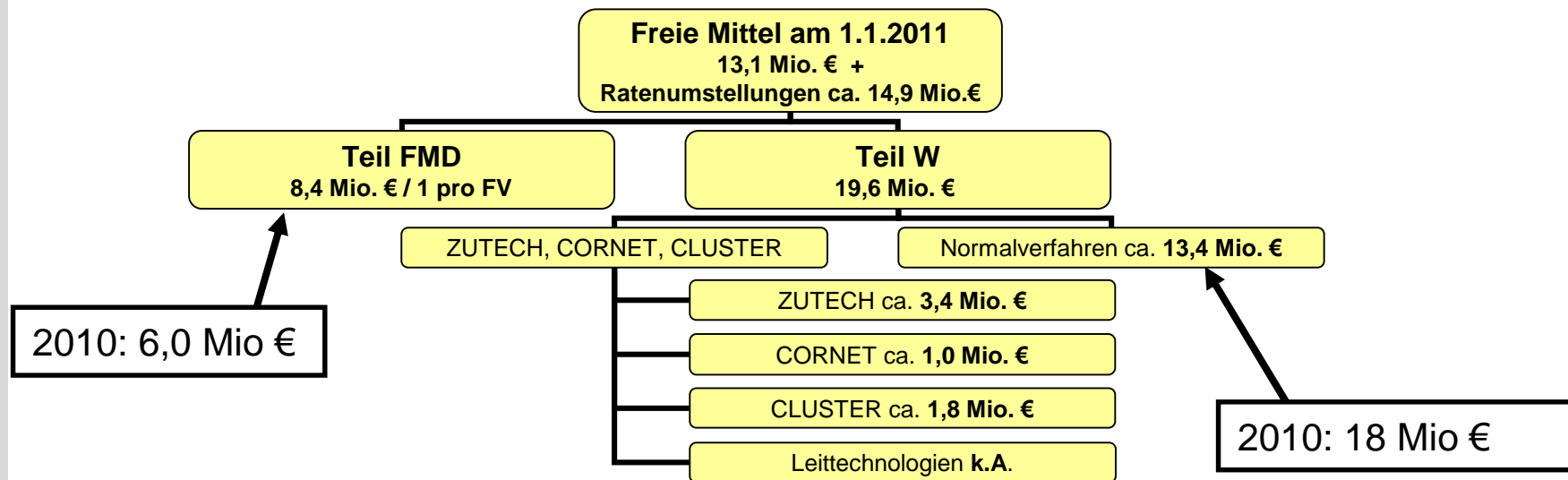
Entwicklung des Fördervolumens befürworteter Anträge

• IGF-Anträge (ohne Fördervarianten):	<u>2006:</u> 471	<u>2010:</u> 734
• Befürwortung:	75,6 %	71,3 %
• befürwortete Anträge:	349	523
• durchschnittliche Fördersumme:	260 T€	320 T€
• Jahresbudget befürwort. Anträge:	91 Mio €	167 Mio €

Fazit:

- Wettbewerb hat zu einem Anstieg der Antragszahlen geführt (+ 56 %)
- Anträge mit i.d.R. 2 Forschungsstellen (Ø 1,8 FSt)
- Finanzvolumen eines Antrages gestiegen um 23 %

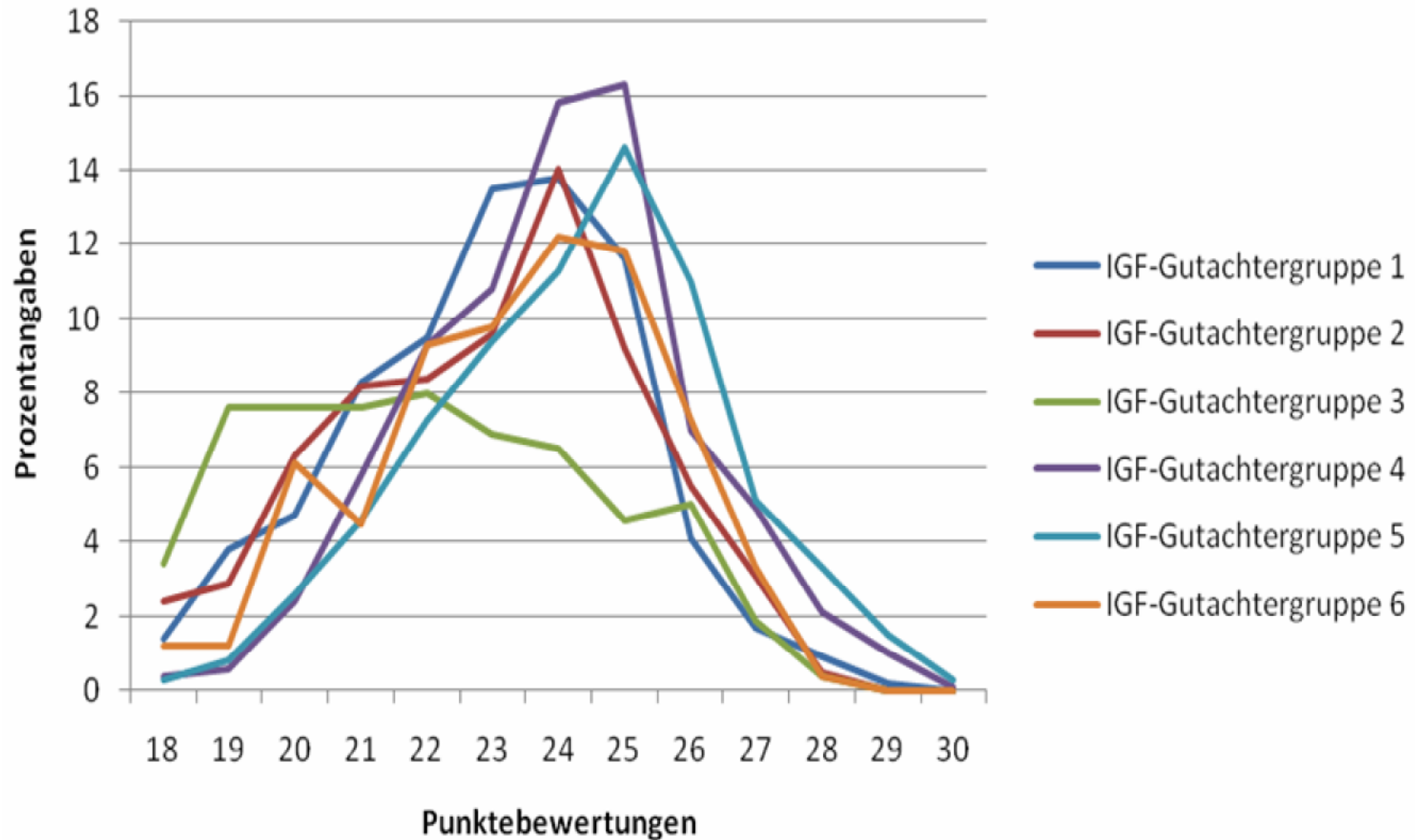
Planung der freien Fördermittel 2011 in den Teilen FMD und W



Anträge IGF-N für einen Start in 2011 (im BMWi und mit Abschließendem Votum)

	Anzahl/Fördervolumen in € pro Punkteklasse												
	30	29	28	27	26	25	24	23	22	21	20	19	18
Anzahl Anträge	0	3	3	8	26	43	60	82	88	53	45	21	7
kumuliert	0	3	6	14	40	83	143	225	313	366	411	432	439
Hochrechnung Fördervolumen 2011 in Mio €	0,0	0,4	0,4	1,1	3,7	6,0	8,4	11,5	12,3	7,4	6,3	3,0	1,0
kumuliert	0,0	0,4	0,8	1,9	5,6	11,6	20,0	31,5	43,8	51,2	57,5	60,5	61,5

Punktwertungen aller Gutachtergruppen in der IGF von 1/2006 bis 1/2010 (n = 2.884)



Ergebnis der GAG-Sitzungen Winter 2010

	GAG 1	GAG 2	GAG 3	GAG 4	GAG 5	GAG 6	Gesamt	
Datum der Sitzung	23.11.2010	10.11.2010	08.12.2010	09.12.2010	01.12.2010	14.12.2010		
behandelte Zeitfenster:	05-10 - 09/10	05/10 - 09/10	05/10 - 10/10	05/10 - 10/10	05/10 - 09/10	05/10 - 10/10		
Anzahl der Anträge (N + Z)	62	31	43	93	72	26	327	
vorder Sitzung entschieden	21	6	11	37	33	5	113	
in % der Anträge	33,9%	19,4%	25,6%	39,8%	45,8%	19,2%	34,6%	kumulierte Summe
<u>Befürwortungen:</u>								
Punktklasse 18 bis 30								
30	0	0	0	0	0	0	0	0
29	0	0	0	0	3	0	3	3
28	1	0	0	0	2	0	3	6
27	0	0	0	3	4	0	7	13
26	1	1	3	9	12	1	27	40
25	4	0	4	17	10	3	38	78
24	10	3	13	17	9	6	58	136
23	15	8	7	9	7	4	50	186
22	9	5	2	11	2	0	29	215
21	4	2	1	2	2	2	13	228
20	2	4	1	1	1	1	10	238
19	3	1	1	0	0	0	5	243
18	0	0	0	0	0	0	0	243
Summe <u>Befürwortung</u>	49	24	32	69	52	17	243	
in % der Anträge	79,0%	77,4%	74,4%	74,2%	72,2%	65,4%	74,3%	
davon:								

Antrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Gestärkt aus der Krise – Der deutsche Mittelstand als Motor für Wachstum, Wohlstand und Innovation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ein Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent im letzten Jahr ist ein Signal dafür, dass die deutschen Unternehmen die Weichen richtig gestellt haben. In der Krise hat sich der Mittelstand als Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 2,3 Prozent. Diese positive wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch auf den deutschen Arbeitsmarkt aus. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit rund 320.000 neuen Arbeitsplätzen. Diese werden vor allem im Mittelstand entstehen. Die über vier Millionen mittelständischen Unternehmerinnen, Unternehmer und Selbständigen in Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen und den Freien Berufen sind damit der Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland. Gemeinsam mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sorgen sie mit Kreativität und Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Selten hat der Mittelstand zuversichtlicher in die Zukunft geblickt. Das KfW-Ifo-Mittelstandsbarometer erreichte im Dezember 2010 einen neuen Rekordstand beim Geschäftsklima.

Risiko- und Leistungsbereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen sichern Wachstum, Wohlstand und Innovation. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür ist eine ausreichende Zahl an qualifizierten Fachkräften. Im aktuellen Aufschwung ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs zur zentralen Herausforderung für die Wirtschaftspolitik geworden. Schon heute liegen in Deutschland die teilweise gravierenden Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften auf der Hand. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird sich die Situation für viele Unternehmen zuspitzen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Eine aktuelle Studie der Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass bis 2025 das Erwerbspersonenpotenzial um mindestens 5 Millionen Personen zurückgehen wird. Damit werden auch qualifizierte Fachkräfte fehlen, die Motor für Innovation und Wachstum in den Unternehmen sind.

Unternehmergeist ist Voraussetzung für den Fortbestand der Sozialen Marktwirtschaft und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Damit sich Unternehmergeist und Kreativität weiter entfalten können, müssen die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden. Die steuerlichen Entlastungen für Bürger und Unternehmen haben zur Stabilisierung der Binnennachfrage beigetragen. Insgesamt wurden Bürger und Unternehmen seit Jahresanfang 2010 um jährlich 24 Milliarden Euro entlastet. Mit jeweils einem Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ist dies ein kräftiger Konjunkturimpuls. Viele mittelständische Unternehmer beziehen untere und mittlere

Einkommen. Weitere Entlastungen sind noch in dieser Legislaturperiode notwendig, um Leistungsanreize zu verbessern. Bürokratiekosten belasten kleine und mittlere Unternehmen deutlich stärker als große Unternehmen. Schätzungen zufolge müssen im EU-Raum größere Unternehmen für eine Regulierungsmaßnahme durchschnittlich 1 Euro pro Mitarbeiter ausgeben, kleine und mittlere Unternehmen dagegen bis zu 10 Euro pro Mitarbeiter.

Die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen ist direkt abhängig von einer Wirtschaftspolitik, die intensiven Wettbewerb fördert und Veränderungen zulässt. Eine solche Wirtschaftspolitik muss Zukunftsherausforderungen erkennen, Überregulierung abbauen und unternehmerischer Initiative mehr Raum geben.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

die zahlreichen Aktivitäten der Bundesregierung zur Stärkung des deutschen Mittelstandes. Als eine Auswahl sind hier zu nennen:

Im Juli 2010 verabschiedete die Bundesregierung die Hightech Strategie 2020 für Deutschland, deren zentrales Element die Stärkung der Innovationskraft des Mittelstands ist. Den Schwerpunkt bildet dabei die nachhaltige Vernetzung von mittelständischen Unternehmen untereinander und zwischen Unternehmen und Wissenschaft. Gestärkt werden außerdem die vorwettbewerbliche Forschung sowie die Beratungs- und Informationsangebote.

Im Oktober 2010 unterzeichneten Bundesregierung, Länder und Wirtschaft den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010-2014. Er trägt dem Gezeitenwechsel auf dem Arbeitsmarkt Rechnung. Mit dem neuen Ausbildungspakt sollen vermehrt leistungsstarke Schulabgänger für eine betriebliche Berufsausbildung gewonnen werden. Zudem werden verstärkt auch solche Jugendliche in den Blick genommen, die bisher Schwierigkeiten beim Übergang in Ausbildung hatten (Altbewerber, Migranten, sozial benachteiligte und lernbeeinträchtigte sowie behinderte Jugendliche). Der neue Ausbildungspakt leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen.

Anfang Februar 2011 hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie die Mittelstandsinitiative „Auf den Mittelstand setzen, Verantwortung stärken – Freiräume erweitern“ vorgestellt. Die Initiative identifiziert die Bereiche Innovationen, Fachkräfte, Unternehmensnachfolgen und Gründungen, Marktchancen im Ausland, Finanzierung, Rohstoffe, Energie- und Materialeffizienz sowie Bürokratieabbau als zentrale Handlungsfelder der deutschen Mittelstandspolitik für die kommenden Jahre.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter zu verbessern und vor allem bürokratische Hemmnisse in Deutschland und in Europa konsequent abzubauen. Hierbei sollte insbesondere auch geprüft werden, welche konkreten Möglichkeiten bestehen, wie für Wirtschaft, für Bürgerinnen und Bürger und für die Verwaltung der gesamte messbare Erfüllungsaufwand weiter maßgeblich reduziert werden kann, beispielsweise im Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben, bei Steuererklärungen und steuerlichen und zollrechtlichen Nachweispflichten, bei der Harmonisierung und Verkürzung der Aufbewahrungs- und Prüfungsfristen nach Handels-, Steuer-, und Sozialrecht, bei den betrieblichen Beauf-

- tragten, bei Anträgen auf gesetzliche Leistungen und bei der Erleichterung der elektronischen Übermittlung der Gewerbeanzeige;
2. den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Normungs- und Standardisierungsprozessen weiter zu vereinfachen;
 3. an der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen festzuhalten;
 4. entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag sobald wie möglich Gesetzentwürfe vorzulegen, um kleine und mittlere Einkommen stärker zu entlasten, die Gemeindefinanzen wachstumsfreundlich zu reformieren und dabei Elemente zu vermeiden, welche die Substanz von Betrieben besteuern;
 5. die Forschungs- und Innovationstätigkeit des Mittelstands weiter zu stärken, vor allem das erfolgreiche „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ in allen drei Bestandteilen (Einzel-, Kooperations- und Netzwerkförderung für ostdeutsche und westdeutsche Unternehmen) im jetzigen Umfang fortzuführen, die industrielle Gemeinschaftsforschung zu fördern und die erfolgreiche Förderinitiative „KMU-innovativ“ im Bereich der Spitzenforschung fortzusetzen. Auch die Förderberatung „Forschung und Innovation“ des Bundes soll ihr zielgerichtetes Informationsangebot für Mittelständler in diesem Bereich weiterführen;
 6. die Technologieoffensive zügig umzusetzen und dabei auch verstärkt auf eine innovative öffentliche Beschaffung, auf den Schutz des geistigen Eigentums und auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Anwendung neuer Technologien zu setzen;
 7. entsprechend den Festlegungen des Koalitionsvertrags die Entscheidung über die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung unter Berücksichtigung des gebotenen Konsolidierungskurses und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in ein haushalts- und steuerpolitisches Gesamtkonzept einzupassen;
 8. den Beschäftigungsstandort attraktiver zu machen, indem vor allem die Bildungs- und Qualifizierungsangebote gestärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, die Abwanderung inländischer Fachkräfte verhindert und ältere Menschen besser in das Erwerbsleben eingebunden werden. Neben diesen Maßnahmen zur inländischen Fachkräftesicherung sind auch ausländische Fachkräfte bedarfsabhängig für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen und die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen hierfür weiterzuentwickeln. Ferner sind Initiativen zu ergreifen, welche die Attraktivität eines Hochschulstudiums in Deutschland und einer anschließenden Arbeitsaufnahme für qualifizierte ausländische Interessenten erhöhen;
 9. die Gründungskultur in Deutschland zu stärken, unter jungen Menschen die Gründungsbereitschaft zu erhöhen und auch die rechtlichen Bedingungen für die Unternehmensnachfolge zu verbessern;
 10. die Rahmenbedingungen für die Risikokapitalmärkte weiter zu verbessern, Business Angels in Deutschland zu stärken und innovative Gründer in der frühen Finanzierungsphase zu unterstützen;
 11. die Empfehlungen des Baseler Ausschusses zur Eigenkapitalausstattung von Finanzinstituten mittelstandsfreundlich umzusetzen und dabei eine Brücke zwischen den höheren Eigenkapital- und Liquiditätsauflagen und einer sicheren Kreditversorgung zu schlagen; hierzu die Spielräume einer Anpassung von Risikogewichten und Asset-Korrelationen zu evaluieren, insbesondere im Hinblick auf einen zunehmenden Investitions- und Finanzbedarf der deutschen Wirtschaft, sowie mit einer Auswirkungsstudie die Folgen von Basel III auf die

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.

Finanzierung von Verbrauchern und mittelständischen Unternehmen in Deutschland ohne eine Anpassung der Risikogewichte bzw. Asset-Gewichte aufzuzeigen;

12. kleine und mittlere Unternehmen bei der Erhöhung von Energie- und Materialeffizienz zu unterstützen, das Energiekonzept für den Mittelstand möglichst kostengünstig umzusetzen und die Rohstoffversorgung langfristig zu sichern;
13. die Marktchancen für mittelständische Exporteure zu verbessern und die Instrumente der Exportförderung noch stärker auf den Mittelstand auszurichten. Ein Instrument ist die Errichtung eines Statuts für eine Europäische Privatgesellschaft, um Exportchancen des deutschen Mittelstandes zu verbessern und Kosten für grenzüberschreitende Rechtsberatung zu senken;
14. nach dem Vorbild der ZIM auch die anderen bestehenden Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen zu straffen und transparenter zu gestalten;
15. die ERP- und KfW-Finanzierungsprogramme fortzuführen und sich hierbei stärker auch auf die Existenzgründung und die Unternehmensnachfolge zu fokussieren.

Berlin, den 9. Februar 2011

**Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion**